

**Rechtsgrundlagen**  
Für diesen Bebauungsplan gelten  
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr.1 der Vereinfachungs-  
novelle vom 3. Dezember 1978 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In-  
vestitionen im Städtebaurecht vom 5. Juli 1979,  
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzV) in der Fassung vom  
15. September 1977.

**Planzeichenerklärung**

Maß der baulichen Nutzung	
10	Geschoßflächenzahl
0,2	Grundflächenzahl
I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
GF	Geschoßfläche

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	
offene Bauweise	geschlossene Bauweise
nur-Einzelhäuser-zulässig	nebenwärtige-Bauweise-seitl.-Gartenzulassungen
nur-Doppelhäuser-zulässig	Stellung der baulichen Anlagen
nur-Hausgruppen-zulässig	Baulinie
nur-Einzel-und-Doppelhäuser-zulässig	Baugrenze

Verkehrsflächen	
Straßenverkehrsflächen	Einfahrt
Straßenbegrenzungslinie Die Straßenbegrenzungslinie stellt, wenn sie mit einer Baulinie der Baugrenze zusammenfällt	Einfahrtbereich
Öffentliche-Platzfläche	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
	Bahnanlagen
	Umgrenzung der Flächen für das Auffahrtsrecht

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen	
Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen	Abwasser
Elektrizität	Abfall
Gas	
Wasser	

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen	
oberirdisch	Hochspannungsleitung
unterirdisch	

Grünflächen	
öffentliche Grünflächen	Parkanlage
private Grünflächen	Dauerkien-gärten
	Sportplatz
	Bolzplatz
	Spielplatz

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	
Flächen für die Landwirtschaft	Flächen für die Forstwirtschaft

Sonstige Planzeichen	
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	EP
Mit-Geh-, Fahr- und Leitungs- wegen zu belastende Flächen	Einstellplätze
Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Einrichtungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	Höhenlinie
Aufschüttung	Grenze des räumlichen Geltungs- bereichs des Bebauungsplans
Abgrenzung	Grenze des räumlichen Geltungs- bereichs der Änderung des Be- bauungsplans
Gattermauer	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 30.01.1984). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den 23.07.1984</p> <p>Stadtvermessungsamt <i>Dr. Wegener</i></p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 23.07.1984</p> <p>Stadtplanungsamt <i>W. Krause</i></p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 24.03.1984 beschlossen. Der Aufstellungsbescheid wurde am 30.10.1984 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 05.11.1984 bis 26.11.1984. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 27.11.1984</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 04.07.1985 bis 04.08.1985 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.</p> <p>Die Auslegung ist am 24.05.1986 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungstrit in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 05.08.1986</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 04.07.1985 bis 04.08.1985 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.</p> <p>Die Auslegung ist am 24.05.1986 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungstrit in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 05.08.1986</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>
<p>Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 15.12.1986 als Satzungsbeschluss die Änderung zugestimmt und die erneute öffentl. Auslegung beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 16.12.1986</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 15.12.1986 als Satzungsbeschluss beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigefügt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 16.12.1986</p> <p>Oberbürgermeister <i>W. Krause</i></p> <p>Oberstadtdirektor <i>W. Krause</i></p>	<p>GENEHMIGT</p> <p>gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (neueste Fassung), nach Maßgabe der Verfügung 309.2-2/86-2-252-3/11/86 vom heutigen Tage.</p> <p>Hannover, den 04.05.1987</p> <p>Regierung Hannover Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>	<p>Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) ab 25.03.1987 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 25.03.1987 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Die Hinweise auf § 44c und 155a BBauG sind erfolgt. Mit der Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.</p> <p>Hildesheim, den 25.03.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>W. Krause</i></p>	

**STADT HILDESHEIM**

**Bebauungsplan Nr. 252**

Für das Gebiet südlich der B1 und östlich des Pulverweges

Maßstab 1:1000